

## **Gedanken eines Muslim zu den anstehenden Bundestagswahlen in Deutschland**

„Wahltag ist Zahltag“, so lautet ein bekanntes deutsches Sprichwort, und es ist nicht ganz falsch. Doch wahlberechtigte Muslime in Deutschland sollten ihre Stimme mit Bedacht und Überlegung abgeben, und den Zahltag nicht im Sinne des Sprichwortes ausschließlich als „Heimzahlungstag“ an die Parteien, die das Land in einer Legislaturperiode geführt haben, missverstehen. Die Wahl zu haben ist ein Privileg, für das in den vergangenen drei Jahren Millionen Menschen bereit waren ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen und Zehntausende ihr Leben gegeben haben, in den Straßen Tunesiens, Ägyptens, Libyens, Bahrains und Syriens. Daran sollten wir Muslime in diesen vom Wahlkampf der Parteien geprägten Tagen denken.

Angesichts der knappen Wahlergebnisse in Kommunal-, Landtags- aber auch Bundestagswahlen, und immer neuen Koalitionsoptionen, besitzt jede Wählerstimme mehr Gewicht als man denkt. Dies erkennen die politischen Parteien, und sie bemühen sich nun seit geraumer Zeit intensiver um die Wählerstimmen, die bislang weniger beachtet wurden: Menschen mit Migrationshintergrund stehen plötzlich im realpolitischen Vordergrund, auch dessen sollten sich deutsche Muslime sehr bewusst sein.

Vor Wahlen stellen sich einige wenige Muslime die Frage, ob ein in Deutschland lebender, wahlberechtigter Muslim überhaupt an einer demokratischen Wahl teilnehmen darf. Wir von der Deutschen Muslim Liga (DML) sagen eindeutig: **Ja!**

Zur Begründung dieses klaren Votums sei deshalb daran erinnert, worum es bei freien demokratischen Wahlen in unserem Rechtsstaat geht. Alle Wahlberechtigten werden bei einer Wahl aufgefordert sich mittels ihrer Stimmabgabe für spezifische Lösungsansätze und -vorschläge der politischen Parteien zu entscheiden, damit und wie die Aufgaben und Herausforderungen vor denen unser Staat und unsere Gesellschaft steht, und die uns alle betreffen, sinnvoll bewältigt werden können.

Beschäftigt man sich mit den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien, so wird man feststellen, dass sich diese Programme fast ausschließlich mit Bildungsfragen, Problemen der Infrastruktur, Rentensicherung, Verantwortung des Sozialstaates für seine Bürger, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Steuer-, Finanz- und Verkehrspolitik etc. auseinandersetzen. In diesen Angelegenheiten hat der Islam, die Schariah, also die Gesamtheit der Gebote im Islam, dem Menschen die Freiheit der Entscheidung gegeben. Muslime müssen an diesen politischen Entscheidungsprozessen und Weichenstellungen teilhaben, weil sie qua Geburt oder bewusster Entscheidung in diesem Land leben, dass sie konstruktiv und aktiv mitgestalten sollen und müssen.

Bei einer Wahlteilnahme geht es also um die Praxis des schariahgemäßen Istislaah, um die Beachtung und die Berücksichtigung des allgemeinen Interesses, des Gemeinwohls der Gesamtgesellschaft, dessen Teil wir Muslime sind. Ergibt sich daraus nicht eine Pflicht zur Teilnahme an einer Wahl?

Eine rechtsstaatliche Demokratie stellt keineswegs einen Gegenentwurf zum Islam dar. Das Gegenteil von Demokratie lautet Diktatur, der Gegenentwurf zum Islam ist „Kufr“. Ein wahlberechtigter Muslim trifft mit seiner Stimmabgabe also keine Aussage zu Fragen des Iimaans, der Ibaadah oder der Aqidaah. Eine Muslimah und ein Muslim treffen bei einer Wahl eine Entscheidung über gewöhnliche und oben erwähnte Sachverhalte, die den Alltag und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, - aber mit einer gemeinsamen Zukunft (!) – bestimmen.

Eine Fiqh-Regel besagt, dass der Muslim durch den Islam dazu aufgerufen ist, Schaden zu beseitigen bzw. Schaden zu minimalisieren ganz im Geiste des Prinzips „Das Gute zu gebieten, und das Schlechte abzuwehren“. In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Wahl eine sinnvolle Methode genau dieser Aufforderung aktiv zu entsprechen. Wahlen eröffnen uns Muslimen die Möglichkeit die politischen Programme zu unterstützen, die dem Gemeinwohl und der Muslimischen Gemeinschaft als Teil der Gesamtgesellschaft mehr Nutzen bringen als Schaden. Und wenn man sich nicht entscheiden kann, ob ein Wahlprogramm besser als andere ist, dann kann man diese Unzufriedenheit durch die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels zum Ausdruck bringen; auch dies ist ein Votum. Ist nicht wählen zu gehen, nicht eine Flucht vor Verantwortung?

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag findet am 22. September 2013 statt. Aus diesem Grund hat sich die DML mit einem Fragebogen, der sich mit vier Themenkomplexen beschäftigt, an die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien und deren jeweiligen Spitzenkandidaten gewendet und insgesamt 23 Fragen gestellt. Die Parteien und Kandidaten haben geantwortet und unser Wahlkompass ist nun im Internet abrufbar. Jetzt kann jeder Wähler diese Informationen nutzen und verantwortungsvoll reagieren. Wir hoffen, dass der Wahlkompass informativ und aufschlussreich ist und zur Teilnahme an der bevorstehenden Wahl motiviert.

Der bekannte Gelehrte Yusuf Al Qaradawy wurde einmal gefragt, ob aus seiner Sicht der Islam mit Demokratie vereinbar sei. Darauf antwortete Herr Qaradawy wie folgt: Wer meint, dass Islam und Demokratie nicht vereinbar seien, der hat zwei wesentliche Dinge nicht verstanden: den Islam und die Demokratie!

Diesem tiefgründigen Gedanken ist nichts mehr hinzuzufügen.